

Nachrichten von Tom Schreiber

6/2010



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Politik kommt in den Herbst, auch wenn er nicht ganz so heiß ist, wie woanders angekündigt. In Berlin wird wieder viel diskutiert, aber auch umgesetzt. Über beides möchte ich Sie in dieser Ausgabe der „Nachrichten von Tom Schreiber“ informieren.

Die einzelnen Themen in diesem Newsletter im Überblick:

- Zweifelhafter Atomdeal der Bundesregierung
- Realitätssinn bei der Rente mit 67 bewahrt
- Schwierige Flugroutendebatte in Berlin und Umland
- Das Problem mit Thilo Sarrazin
- Das Problem der Integration
- Erfolgreiche Wiedereröffnung der Schwimmhalle im Allendeviertel
- Grundstück Wendenschloßstraße 404 für Haus der Begegnung sichern
- Steffen Reiche übernimmt Pfarrdienstvertretung in der reformierten Schloßkirchengemeinde Berlin-Köpenick
- Fraktionsklausur der SPD Treptow-Köpenick in Groß-Pinnow
- Klare Auflagen für Rechte Bands
- Regenbogenbrücke – Das Projekt ist ein Erfolg!
- Termine und Kontakt

Ich bin direkt gewählter Abgeordneter aus Treptow-Köpenick für die Kieze Wendenschloß, Allende, Müggelheim und die Altstadt Köpenick. Im Abgeordnetenhaus, in dem ich Sie seit 2006 vertreten darf, sitze ich in den Ausschüssen für Inneres und Sicherheit, für Verfassungsschutz und für Wissenschaft und Forschung. Zusätzlich bin ich Sprecher für Verfassungsschutz der SPD-Fraktion.

Ich bin Ihr Ansprechpartner für Probleme, die Sie haben, für Fragen, die Sie sich stellen, oder Anregungen, Wünsche und auch Kritik. Dazu halte ich in jedem Monat Bürgersprechstunden ab, deren Termine am Ende dieses Newsletters zu finden sind. Aber auch außerhalb dieser Sprechstunden, bin ich jederzeit für Sie erreichbar. Schreiben Sie mir per Post oder E-Mail oder rufen Sie mich einfach an. Meine Daten finden Sie am Ende des Newsletters.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen. In jedem Fall werden Sie hier interessante Punkte finden.

Mit den besten Grüßen

Ihr Tom Schreiber
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin



Zweifelhafter Atomdeal der Bundesregierung

Am 05. September 2010 hat die Bundesregierung ihre Versprechen an die Atomwirtschaft in Gesetzesform gegossen. Um bis zu 14 Jahre sollen die Atomkraftwerke länger laufen, als die noch geltende Rechtslage vorsieht. Schwarz-Gelb kündigt mit seiner Entscheidung den schwer erkämpften Gesellschaftskonsens, der mit dem rot-grünen Atomausstieg erzielt wurde, bremst den Ausbau der Erneuerbaren Energien und verschärft die Sicherheitsproblematik sowie die Endlagerfrage.

Die letzten Meiler dürften damit erst im Jahr 2040 oder später abgeschaltet werden. Dafür kommen die Konzerne zusammen auf mehr als 100 Milliarden Euro Gewinn, wovon einzig die geplante Brennelementesteuer mit rund 2,3 Milliarden Euro und ein weiterer „freiwilliger Beitrag“ abgehen, die in die Haushaltssanierung und den Ausbau von Erneuerbaren Energien fließen werden.

Die Koalition plant die umstrittene Laufzeitverlängerung ohne den Bundesrat durchzusetzen. Opposition und Länder haben daher mit Verfassungsklage gedroht. Sigmar Gabriel brachte eindeutig auf den Punkt, was viele denken: „Die Sicherheit der Deutschen ist an vier große Konzerne verkauft worden.“

Mehr dazu unter: http://www.spd-fraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53067,00.html

Zu diesem Anlass fand am 18. September 2010 in Berlin eine Großdemo gegen Atomkraft statt, an der über 100.000 deutlich machten, dass sie diese Energiepolitik für verfehlt halten. Die SPD hatte sich auch bei diesen Protesten aktiv beteiligt. Mehr dazu unter: http://www.spd-fraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53477,00.html

Realitätssinn bei der Rente mit 67 bewahrt

Im Laufe des Sommers wurde innerhalb der SPD intensiv über die Rente mit 67 debattiert, die von der Großen Koalition beschlossen wurde. Die Partei stellte sich einem schwierigen Abwegungsprozess, der die Problematik leerer Rentenkassen, das Glück längeren Lebens und der Realität auf dem Arbeitsmarkt. Besonders letzteres führte zur Erstellung von Korrekturen, wobei grundsätzlich an der Rente mit 67 festgehalten wird.

So soll das Renteneintrittsalter erst steigen, wenn mindestens jeder zweite zwischen 60 und 64 Jahren einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen kann. Andernfalls droht faktisch eine Rentenkürzung. Schon das Gesetz der Großen Koalition fordert, ab 2010 die Verlängerung der Lebensarbeitszeit regelmäßig auf ihre Zumutbarkeit hin zu überprüfen. So sollen alle 4 Jahre die Voraussetzungen für einen späteren Renteneintritt beleuchtet werden – unter anderem anhand der konkreten Arbeitsmarktsituation für Ältere.

Die SPD fordert weiterhin, die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre solange auszusetzen, bis ausreichend sozialversicherungs-

pflichtige Arbeitsplätze für über 60-Jährige zur Verfügung stehen. Derzeit ist nach Angaben der Bundesregierung nur jeder fünfte über 60 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. So schlittern wir immer tiefer in ein breites Problem der Altersarmut.

In einem weiteren Punkt ist es der SPD somit gelungen, sinnvolle Korrekturen zu anzunehmen ohne sich vom Geleisteten zu distanzieren. Schließlich war die Politik der Regierungsjahre im Bund an sich sinnvoll. Doch wo Fehler geschehen sind, sollte man nicht davor zurückschrecken, Korrekturen auch bei eigenen Ideen und Umsetzungen anzubringen.

Der vom Parteivorstand beschlossene Vorschlag soll in diesen und kommenden Monaten diskutiert werden.

Mehr dazu unter:

http://spd.de/aktuelles/News/660/wer_laenger_arbeiten_soll_braucht_arbeit.html

Schwierige Flugroutendebatte in Berlin und Umland

Seit dem 06. September steht der neue Willy-Brandt-Flughafen wieder im Blickfeld der Berliner und Brandenburger Öffentlichkeit und dies nicht unbedingt positiv. An diesem Tag stellte die Deutsche Flugsicherung in der Fluglärnkommision des Flughafens ihre vorläufigen Pläne für die Flugrouten vor. In Brandenburger Gemeinden und Berliner Bezirken, die vorher nie an eine Lärmverbindung zum neuen Airport der Hauptstadtregion gedacht haben, brandet nun seit mehr als einem Monat großer Protest auf. Dies ist in der Hinsicht verständlich, dass die Flugsicherung in der Kommunikation desaströs vorgegangen ist. Man kann ihnen sehr wohl unterstellen, dass sie mit diesem Protest gerechnet haben, schließlich trifft das viele vollkommen unerwartet. Dennoch stellten sie ihre Pläne ohne Gültigkeitscharakter vor, unterließen Aussagen zur Transparenz der Routenaufstellung und verwahrten sich seither konkrete Änderungen vorzunehmen. Stattdessen gaben sie ihre Überlegungen an die Fluglärnkommision (FLK) weiter, die die Vorschläge beraten und eine Empfehlung abgeben soll. In der FLK saßen bisher betroffene Gemeinden und Bezirke, wie auch Treptow-Köpenick. Nun forderten verständlicherweise auch alle anderen ab jetzt Betroffenen die FLK für sie zu öffnen. So hat sich die Zahl der Mitglieder auf 34 verdoppelt – alle mit dem Willen, keine Flugzeuge über ihr Gebiet fliegen zu lassen. Eine gemeinsame Kompromisslösung zu den Flugrouten ist somit in der FLK unmöglich. Auch das wird die Flugsicherung wissen.

Ein weiterer schwieriger Punkt ist, dass die endgültige Festlegung der Routen erst im März 2012 erfolgen soll. Man kann nicht erwarten, dass alle betroffenen Gemeinden und Bezirke bis dahin im Unwissen gelassen werden und wir eine anderthalbjährige Debatte haben, in der jeder sein Recht auf flugzeugfreies Gebiet einfordert. Klaus Wowereit und Matthias Platzeck haben dies gemeinsam klargestellt und so ist wenigstens in diesem Punkt auf ein Einlenken der Verantwortlichen zu hoffen (Mehr dazu unter: http://www.berlin.de/aktuelles/berlin/detail_dpa_26829228.php).

Neben der sehr negativ auffallenden Prozedur ist natürlich die eigentliche Sachfrage entscheidend: Müssen wir Luftverkehr über Berlin

dulden? (Die Brandenburger können an der gleichen Stelle fragen, ob sie Luftverkehr über ihren Gemeinden dulden müssen.) Dazu muss stark differenziert werden. Es ist schon verwunderlich, wenn man schaut, wo der neue Protest aufbricht – zum Beispiel in Steglitz-Zehlendorf. Jahrelang hat man sich in diesem Teil der Stadt nicht für die negativen Aspekte des Nah-Stadtflughafens BBI interessiert und schon gar nicht für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in Müggelheim oder Bohnsdorf. Jetzt ist die Angst vor starkem Fluglärm groß und ebenso unnötig. Wenn Flugzeuge über dieses Gebiet fliegen, dann mit einer Mindesthöhe von ca. 2.200 bis 3.000 Metern. Dies erzeugt in einem sehr viel geringerem Maße Lärm, als die Proteste es propagieren. Schon heute fliegen dort Flugzeuge aus Tegel nur wenig höher über dieses Gebiet und Beschwerden waren darüber nicht zu vermelden. Nun steht in der Berliner Debatte die Ängste von Steglitzern und Zehlendorfern im Mittelpunkt, die immensen Probleme der Bohnsdorfer, Grünauer, Müggelheimer und der Schmöckwitzer finden dagegen kaum Beachtung. Hier sollen Flugzeuge noch in viel niedrigerer Höhe unter 1.500 Metern fliegen. Von vornherein läuft diese Debatte also wenig faktenorientiert und differenziert.

Doch zurück zur eigentlichen Frage – zur Duldung des Luftverkehrs über Berlin. Schlussendlich werden wir wohl nicht herkommen, dies zu akzeptieren. Die Standortfrage mit der unmittelbaren Nähe zu unserer Stadt wurde vor langer Zeit in einem kontroversen Prozess getroffen und von Gerichten bestätigt. Der Willy-Brandt-Flughafen ist an dieser Stelle nicht mehr in Frage zu stellen. Und der Fluglärm muss für die bewohnten Gebiete auf ein Mindestmaß gesenkt werden. Da gibt es bei den derzeit vorliegenden Plänen noch einige Potentiale, die von den Flughafenbetreibern und der Flugsicherung ausgenutzt werden müssen. Für alle letztendlich wirklich Betroffenen muss sichergestellt werden, dass sie ausreichende Mittel für Lärmschutz und Wertausgleich der Grundstücke erhalten.

Diese schwierige Debatte wird noch einige Zeit anhalten und wir müssen schauen, dass die bestmöglichen Entscheidungen an deren Ende stehen.

Das Problem mit Thilo Sarrazin

Im Sommer stellte der damals noch bei der Bundesbank beschäftigte Thilo Sarrazin sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ vor. Nach seinen Aussagen über die Wertigkeit einzelner Ausländergruppen, für ihn unterschieden nach Ethnien, in der Lettre International vom Frühjahr intensiviert er nun seine Aussagen über Migrantinnen und Migranten und deren Integrationswilligkeit in Deutschland. Viele haben seine Aussagen aufgeregt, viele haben sie zustimmend begleitet. Ich glaube, man muss die wichtige Diskussion über Integration von der Person Sarrazin trennen, denn er verhadert sich in abstrusen Theorien über das Eingreifen der Politik in die genetische Struktur unserer

Gesellschaft. Die Berliner SPD und auch der Parteivorstand haben sich entschlossen gegen ihn ein weiteres Parteiordnungsverfahren einzusetzen. Ich glaube dies ist der richtige Schritt – nicht weil seine Meinung über die Fehler der Integrationspolitik nicht zählt oder unterdrückt werden soll, sondern weil er mit den Aussagen zur Politik nach Genen im fundamentalem Widerspruch zum Menschenbild der SPD steht, auf deren Grundlage diese Partei Politik machen will. Sigmar Gabriel hat dies sehr leidenschaftlich auf Zeitonline begründet: <http://www.zeit.de/2010/38/SPD-Sigmar-Gabriel?page=1>

Das Problem der Integration

Viel wichtiger als die Debatte über Sarrazin ist jedoch, was diese ausgelöst hat und bis heute anhält: Die Diskussion, ob und wie Integration der Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft funktioniert. In jedem Fall sind diese Fragen viel zu kompliziert, als das sie mit einfachen und populistischen Lösungen zu beantworten wären.

Zunächst finde ich es wichtig zu betonen, wie gut sich schon Hunderttausende seit Jahrzehnten in unser Land integriert haben und wie sehr sie damit eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und Kultur darstellen. Oft wird dies unterschlagen, wenn alle wieder über einen Kamm geschert werden. Richtig ist aber auch, dass wir noch viele Probleme haben – ausgelöst durch viele Jahre verfehlter oder nicht stattgefundener Integrationspolitik. In Berlin hat Rot-Rot sich daran gemacht, dies zu ändern: Investitionen in Kitas, Schulen und Sozialarbeiter – Programme, wie die Stadtteilmütter oder das Quartiersmanagement.

Ein weiterer Schritt im Hinblick auf Fordern und Fördern soll das Integrations- und Partizipationsgesetz in Berlin sein. Bundesweit sind wir die ersten, die ein umfassendes Integrationskonzept per Gesetz klar im Land verankern wollen. Dies betrifft alle Bereiche – von Bildung und Soziales über den öffentlichen Dienst bis hin zur Mitwirkung in den demokratischen Organen. Der Senat hat jetzt einen er-

sten Entwurf vorgelegt, der im Abgeordnetenhaus beraten wird. Das Ziel bleibt, das Gesetz noch in diesem Jahr zu verabschieden.

Damit dies so geschieht, werden aber noch einige Änderungen nötig sein. Denn bisher ist der Entwurf in vielen Punkten noch zu ungenau und lässt Verpflichtungen seitens der Migrantinnen und Migranten nahezu vollständig außer Acht. Kurzfristige Maßnahmen, um auf akute Integrationsprobleme zu reagieren, sind ebenfalls nicht enthalten. So würde das Gesetz nur rein symbolischen Charakter erlangen und nicht dem eigentlichen Ziel gerecht werden, wirkliche Chancengerechtigkeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern ohne und mit Migrationshintergrund zu erreichen.

Auch wenn dieses Gesetz mit vielen Änderungen gegenüber dem Entwurf verabschiedet wird, sind wir damit noch lange nicht am Ende unserer Bemühungen angekommen, ehemals „Fremde“ in unserer Gesellschaft aufzunehmen und sie zu integrieren, manchmal auch dazu zu drängen.

Erfolgreiche Wiedereröffnung der Schwimmhalle im Allendeviertel

Am 20. September 2010 wurde die Schwimmhalle im Allendeviertel feierlich wiedereröffnet – im Beisein des Sportsenators Dr. Erhard Körting, der Vertreter des Bezirksamtes Treptow-Köpenick, der Vorstände der Berliner Bäder-Betriebe, Handwerker, Mitarbeiter, Kinder und Jugendliche, sowie weitere Vertreter des Berliner Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlung.

Dr. Körting erinnerte daran, dass der Berliner Senat zum Bestand und Erhalt aller 37 Schwimmhallen in Berlin ca. 50 Millionen Euro für die Sanierung bereitgestellt hat – Erlöse aus dem Verkauf der GSW. Davon wurden allein in der Schwimmhalle am Allendeviertel ca. 1,9 Millionen Euro investiert. Abgesehen von der Bodenplatte ist alles andere komplett neu.

Die alten Becken wurden zerlegt und neue wieder eingebaut. Zusätzlich enthält die

Schwimmhalle eine bessere Dämmung und effizientere Technik, die den Badespaß sehr viel umweltfreundlicher gestalten lassen.

Leider wurde nicht im vollen Umfang darauf geachtet, dass die Schwimmhalle auch komplett für Menschen mit Behinderungen genutzt werden kann. Es gibt zwar Rampen und breite Türen, dennoch fehlen im Duschtrakt behindertengerechte Duschen. Der Sportsenator erklärte während der Veranstaltung, dass er diesen Mangel lösen möchte. Als zuständiger Wahlkreisabgeordneter bleibe ich an diesem Problem dran und hoffe, dass bis zum 1. Quartal 2011 die Schwimmhalle barrierefrei gestaltet wird. Am Geld für weitere Umbaumaßnahmen sollte es nicht mangeln.

Grundstück Wendenschloßstr. 404 für Haus der Begegnung sichern

Am 05. Oktober 2010 fand im Rathaus Treptow das Seniorenforum statt. Viele Lebensältere aus unserem Bezirk waren gekommen. Das Bezirksamt legte einen Rechenschaftsbericht vor und beantwortete Fragen aus dem vergangenen Jahr und nahm Stellung zu aktuellen Themen. Ein größerer Punkt war die Begegnungsstätte „Haus der Begegnung“. Auf dem Grundstück liegen Rückgabeansprüche von Alteigentümern. Diese haben zugesichert, die Senioren nicht vertreiben zu wollen und sind mit einem Verkauf auf Basis des Verkehrswertes einverstanden. Es gibt ein verabredetes Verfahren, dass der Bezirk Treptow-Köpenick im Liegenschaftsfonds drei Grundstücke gegen das Grundstück an der Wendenschloßstrasse

404 tauscht. Dieses Verfahren verzögert sich jedoch, weil der Hauptausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus weitere Fragen hierzu hatte. Das Bezirksamt und die Abgeordneten aus Treptow-Köpenick, setzen sich für die vorgestellte Lösung ein. Ich bin als zuständiger Abgeordneter im engen Kontakt mit der Finanzverwaltung und teilte Ihnen mit, dass wir dieses Vorhaben bis Ende des Jahres positiv lösen müssen. Dies wurde von den dort zuständigen Mitarbeitern ähnlich gesehen. Es gilt also schleunigst ein von Bezirk und Land getragenes Verfahren zu finden, in dem alle Fragen ausgeräumt und das Grundstücksgeschäft, wie geplant durchgeführt werden kann.

Steffen Reiche übernimmt Pfarrdienstvertretung in der reformierten

Schlosskirchengemeinde Berlin-Köpenick

Steffen Reiche wird Pfarrerin Karen Hollweg, die in Elternzeit geht, einige Monate als Pfarrer für die evangelisch-reformierte Schlosskirchengemeinde Köpenick vertreten. Reiche studierte in Berlin evangelische Theologie und hatte von

1988 bis 1990 schon einmal eine Pfarrerstelle in Christinendorf inne. 1994 wurde er Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie von 1999 bis 2004 Minister für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg. Von 2005 bis 2009 ver-

trat er den Wahlkreis Cottbus – Spree-Neiße im Bundestag. Seit seinem Ausscheiden setzte er seine Tätigkeit als Pfarrer fort.

In einer Pressemitteilung teilte die Schloßkirchengemeinde mit, dass sich die reformierten Gemeinden schon immer, und gerade in schweren Zeiten, auch gesellschaftspolitisch

eingemischt hätten. Daher freue sich die Gemeinde mit ihren Leitungsgremien besonders auf die Tätigkeit von Pfarrer Steffen Reiche.

Dem kann ich mich nur anschließen und empfehle Ihnen seine Erntedankpredigt vom 3. Oktober, die als pdf-Datei diesem Newsletter beigelegt ist.

Fraktionsklausur der SPD Treptow-Köpenick in Groß-Pinnow

Am Wochenende vom 8. bis 10. Oktober fand im brandenburgischen Groß-Pinnow die alljährliche Klausur der SPD-Fraktion statt, zu der auch die Abgeordneten und führende Mitglieder der Partei aus Treptow-Köpenick eingeladen wurden. Im Mittelpunkt stand die inhaltliche Aufstellung für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung im September 2011. Zwar ist das Programm noch nicht fertig, aber eines ist für uns klar – Inhaltliches kommt vor Personen. Wir brauchen uns sowohl auf Landes-, wie auch auf Bezirksebene nicht verstecken, viel ist erreicht worden. Doch weitere fünf Jahre kommen, in denen wir Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger übernehmen wollen. Dabei stehen für uns im Mittelpunkt, dass die

vielen Reformen in der Bildungspolitik erfolgreich und zweckorientiert umgesetzt werden, dass wir weitere große Schritte in der Infrastruktur des Bezirkes gehen, wie etwas der Weiterbau der A100 oder die Tangentialverbindung Ost und dass wir Treptow-Köpenick als für alle Generationen offenen und gerechten Bezirk gestalten, in dem Jung und Alt gemeinsam ihr Wohnumfeld mitgestalten.

Intensive Arbeitssitzungen haben uns bei der Programmentwicklung weitgebracht. Am Sonntag fuhren wir alle aber auch mit dem Wissen nach Berlin zurück, dass noch viel Arbeit vor uns liegt – spätestens wenn es an die Umsetzung geht. Doch dazu sind wir bereit.

Klare Auflagen für Rechte Bands

Das Problem von Bands mit teils rechtsextremen Texten ist in der Region Berlin-Brandenburg schon mehrfach Thema gewesen. Geplante Auftritte der Band Kategorie C stehen dabei unter besonderer Beobachtung.

Klare Maßnahmen gegen rechtsextreme Ausfälle forderte ich in einem Artikel in der TAZ vom 01.10.2010:
<http://www.taz.de/1/berlin/artikel/1/rechtewollen-brandenburg-rocken/>

Regenbogenbrücke – Das Projekt ist ein Erfolg!

Nach unserem Besuch in Tel Aviv, empfangen wir vom 20. bis 31. August unsere israelischen Austauschpartner in Berlin und Köln. Ich bin stolz, dass wir dieses Projekt so umsetzen konnten und ebenso froh, dass es weitergehen wird und wir damit Brücken schlagen. Nächstes Jahr ist ein Austausch nach Tel Aviv geplant. Wir wollen die Netzwerke mit Leben erfüllen und die neuen Ideen und Strukturen ausbauen.

Ein Bericht von André Lossin, Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Berlin, wird einem weiteren Newsletter-Spezial zur Regenbogenbrücke versendet.

Termine und Kontakt

Bürgersprechstunden halte ich abwechselnd im **Dorfklub Müggelheim** (Alt-Müggelheim 21) und im **Ratskeller Köpenick** (Alt-Köpenick 21) ab:

17.11.2010, 18 Uhr bis 19 Uhr: Ratskeller Köpenick
15.12.2010, 18 Uhr bis 19 Uhr: Dorfklub Müggelheim

Weitere Termine (eine Auswahl):

23.10.2010 – Forum Köpenick: Infostand
26.10.2010 – Köpenick: Frührunde der SPD Treptow-Köpenick
26.10.2010 – AWO Friedrichshagen: SPD-Abteilungssitzung
27.10.2010 – Abgeordnetenhaus: Grüner Salon
01.11.2010 – Abgeordnetenhaus: Fachausschuss Inneres und Recht der SPD
02.11.2010 – Treptow: SPD-Abteilungssitzung
03.11.2010 – Abgeordnetenhaus: Verfassungsschutzausschuss
04.11.2010 – Potsdamer Synagoge: Teilnahme an einer Odinationsfeier
08.11.2010 – Abgeordnetenhaus: Innenausschuss
09.11.2010 – Abgeordnetenhaus: SPD-Fraktionssitzung
09.11.2010 – Köpenick: SPD-Kreisvorstand
11.11.2010 – Abgeordnetenhaus: Arbeitskreis I – Inneres der Fraktion
11.11.2010 – Abgeordnetenhaus: SPD-Fraktionssitzung
11.11.2010 – Abgeordnetenhaus: Plenarsitzung
13.11.2010 – Berlin: SPD-Landesparteitag
14.11.2010 – Ratskeller Köpenick: SPD-Frühschoppen

Gerne kontaktieren Sie mich auch per E-Mail an tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de,
per Telefon unter 030 / 232 522 81 oder 0177 / 711 36 24,
per Post an: Tom Schreiber, MdB
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:
<http://www.tom-schreiber.eu/>

Ich freue mich über Anregungen und Kritik zu diesem Newsletter oder zu meiner Arbeit. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht an die oben genannte E-Mail-Adresse.